

11839/AB
= Bundesministerium vom 09.11.2022 zu 12136/J (XXVII. GP) bmaw.gv.at
 Arbeit und Wirtschaft

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
 Bundesminister

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.646.247

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)12136/J-NR/2022

Wien, am 9. November 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gerald Loacker und weitere haben am 09.09.2022 unter der **Nr. 12136/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Mehr Gage als ein Minister: Die Traumgehälter der Förder-Abwickler unserer Republik** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *aws - fixe Bezüge*
 - *Wie begründet sich die Höhe dieser Bezüge?*
 - *Welche Vergleichsbranche wird zur Ermittlung des Gehalts herangezogen?*
 - *Inwiefern wird dabei berücksichtigt, dass die aws GmbH als Förderbank der Republik keinem Marktdruck ausgesetzt ist?*
 - *Inwiefern werden vergleichbare Unternehmen der öffentlichen Hand im Inland und allenfalls in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union berücksichtigt?*

Die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) wurde per Gesetz im August 2002 gegründet. Die Agentur ist aus vier Vorläuferorganisationen mit insgesamt sieben Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer hervorgegangen. Laut Einkommensbericht des Rechnungshofs

(RH) 1999/2000 kumulierten die Gehälter jährlich auf ca. ÖS 13,7 Mio., umgerechnet rund € 1 Mio.

Die Gehälter der aws-Geschäftsführung wurden in der Vergangenheit nur teilweise wert angepasst. Gleichzeitig haben sich Aufgaben und Verantwortung erweitert. Gemäß Einkommensberichten des RH ist das durchschnittliche Gehalt der Führungsetagen im Sektor "Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen" seit 2002 um rund 5,7 % p.a. gestiegen. Im Vergleich dazu sind die Gehälter der aws-Geschäftsführung seit 2002 um rund 1,6 % p.a. gewachsen. Ausgangspunkt für die Neufestlegung der Bezüge war die Steigerung gemäß Bezügebegrenzungsgesetz. Vergleichsbranche ist der Sektor "Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen" (öffentlichtsnahe Unternehmen) gemäß Einkommensberichten des RH.

Für die aws als Förderbank des Bundes ist die professionelle bankenmäßige Gestaltung der Geschäfte in vollem Einklang mit internationalen Standards bzw. gesetzlichen Vorgaben maßgeblich. Sie hat bei Kredit-, Garantie- und Eigenkapitalgeschäften insbesondere im Hinblick auf Risikomanagementsysteme dieselben Anforderungen wie eine kommerzielle Bank sicherzustellen.

Zur Frage 2

- *aws - variable Bezüge*
 - *Wie begründet sich die Höhe dieser Bezüge?*
 - *Wie wird die wirtschaftliche Entwicklung konkret berücksichtigt? Bitte Rechnungsschritte darlegen.*

Im Anstellungsvertrag ist der variable Bezugsbestandteil mit maximal 20 % des Jahresbruttogehalts festgelegt. Diese Prämie stellt eine freiwillige Leistung der Gesellschaft dar und steht unter dem Vorbehalt der Unverbindlichkeit, sodass daraus keinerlei Rechtsanspruch abgeleitet werden kann, auch nicht durch mehrmalige Gewährung. Die Höhe liegt im Mittel der Finanzbranche bzw. entspricht ähnlichen Funktionen von Führungskräften im Finanzsektor.

Der Zuerkennung des variablen Bezugsbestandteils liegt eine jährliche Zielvereinbarung zugrunde, deren Kriterien im Vorhinein vom Präsidium des Aufsichtsrates im Einvernehmen mit den Eigentümern festzulegen sind. Die Zielvereinbarung beinhaltet Teilziele der Gesellschaft wie etwa Budgetsteuerung und Produktivität, Prozessinnovationen und Kundenzufriedenheit. Nach dem Ende jedes Geschäftsjahres wird die jeweilige Zielerreichung durch einen Wirtschaftsprüfer überprüft, durch das Präsidium des Aufsichtsrates festge-

stellt und den Eigentümern zur Kenntnis gebracht. Die wirtschaftliche Entwicklung findet in der Budgetübertragung seitens des Bundes ihre Spiegelung.

Zur Frage 3

- *Zulage ERP-Fonds*
 - *Wie begründet sich die Höhe dieser Zulage?*
 - *An wie vielen Sitzungen der ERP-Gremien haben die aws-Geschäftsführer im Jahr 2021 teilgenommen?*
 - *Wie viele Wochenstunden warten die die aws-Geschäftsführer im Jahr 2021 mit Angelegenheiten des ERP-Fonds beschäftigt?*

Es handelt sich dabei um einen Gehaltsbestandteil, der seitens des ERP-Fonds, der aufgrund seiner Rechtspersönlichkeit nicht in der aws aufgehen konnte, für das Management des Fonds festgelegt wurde. Mit dem ERP-Fonds-Gesetz werden der Geschäftsführung Aufgaben übertragen, etwa den Fonds nach außen zu vertreten und alle Geschäfte zu führen (§ 9 ERP-Fonds-Gesetz). Die Bilanzsumme des ERP-Fonds beträgt rund € 1,9 Mrd. Der ERP-Fonds vergibt durchschnittlich 1.300 zinsgünstige Kredite in Höhe von im Durchschnitt € 600 Mio. jährlich.

Die aws-Geschäftsführung hat im Jahr 2021 an allen Sitzungen der ERP-Kreditkommission teilgenommen. Im Rahmen der durchschnittlichen wöchentlichen Gesamtarbeitszeit war die Geschäftsführung im Jahr 2021 mit etwas mehr als 12 % und im Durchschnitt der letzten fünf Jahre zu ca. 20 % p.a. mit dem Management des ERP-Fonds beschäftigt. Dieser Anteil variiert abhängig von der sich ändernden Aufgabenzusammensetzung. In den außergewöhnlichen Pandemiejahren wurden die Förderungsangebote der aws stark ausgebaut, sodass der Aufgabenanteil, der für die aws geleistet wurde, vorübergehend gewachsen ist.

Zur Frage 4

- *Gesamtbezug*
 - *Wie stellen Sie sicher, dass solche Bezüge in einem angemessenen Verhältnis zum Bezug eines Ministers stehen?*
 - *Welche Umstände machen die Arbeit eines Ministers weniger fordernd, weniger verantwortungsvoll, weniger komplex, sodass die niedrigere Bezahlung im Vergleich mit einem aws-Geschäftsführer gerechtfertigt ist?*
 - *Welche Umstände machen die Arbeit eines aws-Geschäftsführers fordernder, verantwortungsvoller, komplexer, sodass die höhere Bezahlung im Vergleich mit einem Bundesminister gerechtfertigt ist?*

Die Bezüge stehen in einem angemessenen Verhältnis zu Aufgabe und Verantwortung einer Förderbank und ist entsprechend den Einkommensberichten des RH innerhalb des Sektors "Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen" marktüblich ausgestaltet. Ausgangspunkt für die Neufestlegung der Bezüge war die Steigerung gemäß Bezügebegrenzungsgesetz.

Innerhalb der jeweiligen Branche bzw. des Sektors ist eine Vergleichbarkeit und Verhältnismäßigkeit jedenfalls darstellbar.

Zur Frage 5

- *Vertragsverlängerung:*
 - *Wann wurden die Verträge mit den aws-Geschäftsführern verlängert?*
 - *Wurden die Stellen ausgeschrieben?*
 - *Wenn ja, wie ist das Verfahren konkret abgelaufen? Bitte Verfahrensstufen samt Datum und Teilnehmer: innen angeben.*
 - *Wenn ja, wie viele Bewerber hat es gegeben?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
 - *Inwiefern wurden die Verträge der aws-Geschäftsführer im Vergleich zu den vorherigen angepasst? Bitte Änderung begründen.*
 - *Inwiefern wurde das Gehalt angepasst? Bitte Änderung begründen.*

Gemäß § 2 Abs. 3 Bundesvertragsschablonenverordnung ist das Anstellungsverhältnis zu befristen. Es ist längstens eine Frist von fünf Jahren zu vereinbaren. Die aws-Geschäftsführung wurde im Juli 2022 mit Wirksamkeit zum 1. Oktober 2022 wiederbestellt.

Die Positionen wurden gemäß Stellenbesetzungsgebot ausgeschrieben. Die zuständigen Organisationseinheiten in den Eigentümervertretungsressorts Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (bzw. vormals BMDW) sowie Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie haben sich im November 2021 zunächst auf eine Roadmap für das Auswahlverfahren verständigt und im Dezember 2021 je zwei unverbindliche Preisauskünfte bei Personalberatungsunternehmen eingeholt. Das externe Personalberatungsunternehmen sollte den Auswahlprozess professionell begleiten und eine Empfehlung treffen. Nach der Auswahl des Personalberatungsunternehmens wurde die Ausschreibung im Jänner 2022 gestartet und nach klaren Vorgaben zu Ende geführt. Eine Bewertungskommission, welche sich aus Mitgliedern der Eigentümerressorts zusammensetzte, bestätigte die Empfehlung des Personalberatungsunternehmens im Mai 2022 und übermittelte diese Empfehlung an die zuständige Bundesministerin bzw. an den

zuständigen Bundesminister, welche der Empfehlung gefolgt sind. Es folgten ein Gesellschafterbeschluss gemäß § 34 GmbHG im Juli 2022, die Unterzeichnung der Anstellungsverträge im Juli 2022 und die Veröffentlichung der Bestellung im Amtsblatt der Wiener Zeitung und in der Tageszeitung Kurier im September 2022. Es gab sieben Bewerberinnen und Bewerber. Die wesentlichen Vertragsinhalte haben sich nicht geändert.

Im Übrigen ist auf die vorstehenden Feststellungen zu verweisen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

